*Das Moratorium auf zwei Monaten
verlängert.*

Wechsel und Checks.

Eine nähere Regelung erfahren die Teilzahlungen, die auf Wechsel und Checks infolge der Einschränkung der Stundung auf drei Viertel des geschuldeten Betrages geleistet werden. Da der Wechselinhaber, der nur eine Teilzahlung erhält, den Wechsel in der Hand behält, war es notwendig, die Voraussetzungen zu regeln, unter denen ein Rückgriffsverpflichteter, der Zahlungen geleistet hat, von seinen Vormännern Ersatz verlangen kann.

Bestimmungen über die Kündigungen.

Die Vorschriften über die Kündigung von Forderungen wurden in doppelter Richtung ergänzt. Es wurde ausgesprochen, daß von Beträgen, die infolge einer vor dem 1. Oktober 1914 erklärten Kündigung fällig werden, auch dann nur die vertragsmäßigen Zinsen zu entrichten sind, wenn der Schuldner die Stundung in Anspruch nimmt.

Das gerichtliche Verfahren.

Die Ausschließung eines Teilbetrages der Forderung aus der Stundung machte Änderungen der prozeßrechtlichen Vorschriften nötig. Da durch die Einklagung eines Viertels der Forderung die Entscheidung über die Forderung in ihrer Gänze herbeigeführt wird, wurde die Klage auf Zahlung der gesamten Forderung zugelassen und die Aufnahme des bisher unterbrochenen Verfahrens über gestundete Forderungen angeordnet. Es wurde jedoch ausdrücklich ausgesprochen, daß die Verurteilung zu einer Leistung, für die dem Schuldner zur Zeit der Urteilsfällung noch die gesetzliche Stundung zukommt, nur unter Festsetzung einer Leistungsfrist zulässig ist, die mit dem letzten Tage der Stundungsfrist beginnt. Neue Klagen, die bloß auf die Zahlung gestundeter Forderungsbeträge gerichtet sind, hat das Gericht zurückzuweisen. Auf Grund von Wechseln und Checks können nur die von der Stundung ausgenommenen Beträge eingeklagt werden, weil bezüglich des Restes infolge der Hinausschiebung der Zahlungspflicht ein Rückgriffsrecht überhaupt noch nicht entstanden ist.

Die exekutionsrechtlichen Vorschriften wurden so geändert, daß nunmehr zugunsten gestundeter Forderungen die Exekution zur Sicherstellung zugelassen wird.

Neu sind die Bestimmungen über die richterliche Stundung, die für jene Fälle Vorsorge treffen soll, in denen der Schuldner außerstande ist, die von der Stundung ausgenommenen Teilzahlungen zu leisten. Dem Richter wird die Befugnis eingeräumt, während des gerichtlichen Verfahrens oder auch ohne solches, wenn der Schuldner darauf anträgt, Stundung bis zur Dauer der gesetzlichen Stundungsfrist zu gewähren, sofern die wirtschaftlichen Verhältnisse des Schuldners es rechtfertigen und der Gläubiger dadurch keinen unvernünftigen Nachteil erleidet.

Für Gebiete, die zum unmittelbaren Kriegsschauplatz geworden sind, ist eine weitere Ausnahme zugunsten des Schuldners vorgesehen. Hier soll nämlich das Gericht ohne Rücksicht darauf, ob es sich um eine schon bisher von der Stundung ausgenommene Forderung handelt oder nicht, Stundung gewähren und die Exekution aufschieben könnten.